



Rede

des Landesvorsitzenden der FDP-Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

60. Ord. Landesparteitag am 21. April 2007 in Hamm

Freiheit, Fairness, Fortschritt.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Globalisierung und technischer Fortschritt werden heute als die großen Herausforderungen unserer Zeit angesehen. Dabei sind das eigentlich keine neuen Erscheinungen, sondern sie bestimmen die Menschheitsgeschichte schon seit Jahrhunderten.

Was sich geändert hat, ist insbesondere das **Tempo des Wandels**. Diese eigentlich neue Herausforderung hat Hans-Dietrich Genscher in seine großen Rede in der Frankfurter Paulskirche als „**Hochgeschwindigkeitsglobalisierung**“ bezeichnet.

Neu ist die Geschwindigkeit mit der die Welt zusammenwächst und mit der sich unser Wissen vervielfacht. Technologische Entwicklungen entstehen immer schneller und zum Teil immer bahnbrechender.

Dadurch wachsen aber auch die **Anforderungen** an jeden Einzelnen, wie auch an unsere Gesellschaft insgesamt.

Egal, ob wir diese neue Qualität des Wettbewerbs als Bedrohung oder Chance sehen – davonlaufen können wir nicht. Wenn wir Wachstum ankurbeln, Lebensqualität verbessern und neue, sichere Arbeitsplätze schaffen wollen: Dann müssen wir den internationalen Wettbewerb annehmen.

Wissen ist die entscheidende Ressource in dieser Konkurrenz. Und Tempo ist der Ausschlag gebende Erfolgsfaktor. Bei uns muss neues Wissen schneller entstehen als anderswo. Und wir müssen es schneller und besser in gesellschaftlichen Fortschritt und marktfähige Innovation umsetzen. **Das ist unsere einzige Chance, unseren Wohlstand zu sichern.**

Viele Menschen, meine Damen und Herren, machen sich darüber aber große Sorgen. Für viele stellt sich die ganz persönliche Frage, ob sie die zunehmenden, steigenden Anforderungen erfüllen können. Viele fragen sich zu Recht: Wie kann ich mich einbringen, wie kann ich teilhaben? Wo ist mein Platz in der neuen Wissensgesellschaft? Wo ist meine Chance?

Die Politik muss die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir müssen klären, wie wir in einer spannungsgeladenen Zeit in einer Gesellschaft zusammenleben. Es geht darum, was unsere Kinder in der Schule lernen und mit welcher Ausrüstung wir sie in die Wissensgesellschaft entlassen. Es geht darum, ob Menschen auch künftig wettbewerbsfähige Arbeitsplätze finden, wie Regionen aus der Alimentation herausfinden und echte Perspektiven gewinnen. Es geht um neue globale Machtbalancen, aber auch um neue Lösungsansätze für internationale Konflikte. Es geht darum, wie wir uns als demokratischer Rechtsstaat dem Terror entgegenstellen und dabei ein tragfähiges Verhältnis von Freiheit und Sicherheit finden.

Es geht darum, wie wir Klimaschutz mit Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung verbinden können. Es geht auch darum, wie wir neue Chancen des Heilens erschließen ohne die Würde des Menschen anzutasten. Es geht um grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme und auch um ein neues Verhältnis zwischen den Bürgern und dem Staat.

Was sind darauf die Antworten unserer politischen Mitbewerber? Sie betonen die Risiken und sehen die Lösung in immer mehr staatlichem Dirigismus. Der Ruf nach der Allzuständigkeit des Staates wird immer lauter – auch bei der Union.

Der Staat soll etwas verbieten oder etwas möglichst bis ins Detail hinein regeln. Und um das alles kontrollieren zu können, werden dann in aller Regel wieder neue Behörden notwendig. Im letzten Jahr wurde die Gesundheitszwangskasse erfunden. Und die Erfindung des Jahres 2007 soll wohl die Mindestlohn-Behörde werden.

Wir, die Liberalen sehen in der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung nicht zuerst die Risiken, sondern an erster Stelle die Chancen für den Einzelnen und die Menschheit insgesamt gesehen. Denn Globalisierung und technischer Fortschritt eröffnen vor allem neue Freiheiten: Die Menschen können in der ganzen Welt reisen, kommunizieren und Handel treiben. Sie leben heute länger und gesünder denn je.

Angesichts dieser fortschreitenden Sozialdemokratisierung unserer Gesellschaft kommt es wie seinerzeit bei der Gründung der Bundesrepublik auf die FDP an, um die Soziale Marktwirtschaft wieder funktionsfähig zu machen.

Soziale Marktwirtschaft – das ist die Antwort auf die drängenden Herausforderungen der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung. Das gilt für Nordrhein-Westfalen, wo wir für deren Erneuerung seit Juni 2005 mit unserem Namen stehen.

Und das gilt eben auch für Deutschland.

Wir setzen auf Freiheit in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Wir setzen auf Wettbewerb und Leistungsbereitschaft. Für uns ist Freiheit nicht teilbar. Und deshalb lassen wir Liberale uns auch nicht auf irgendein politisches Feld verengen.

Soziale Marktwirtschaft heißt für uns nicht mehr Staatswirtschaft, höhere Steuern und mehr Verteilung. Das sind die Antworten von denen, die viel Sozialstaat versprechen, dies dann aber nicht erfüllen können. Weil sie die wirtschaftliche Basis des Staates schwächen, statt sie zu stärken.

Das Gegenteil von gut ist bekanntlich gut gemeint. So ist es auch in der Sozialpolitik: Wir wollen die besten sozialen Ergebnisse und nicht die höchsten sozialen Ansprüche an den Staat.

Soziale Ergebnisse erhalten wir nicht, indem wir die Menschen von Transferzahlungen des Staates immer abhängiger machen, sondern indem wir die inneren Kräfte der sozialen Marktwirtschaft wieder beleben.

Ludwig Erhard, hat das mit folgenden Worten umschrieben:

„... sehr zu meinem Missvergnügen spricht man in der Welt allenthalben von einem ‚deutschen Wunder‘; ein Begriff, den ich nicht gelten lassen möchte, weil das, was sich in den letzten Jahren vollzogen hat, alles andere als ein Wunder war. Es war die Konsequenz der ehrlichen Anstrengung eines Volkes, das nach freiheitlichen Prinzipien die Möglichkeit eingeräumt erhalten hat, menschliche Initiative, menschliche Freiheit, menschliche Energien wieder anwenden zu dürfen.“

Menschen die Möglichkeit einzuräumen, ihre Dinge selbst in die Hand zu nehmen, endlich wieder, wie es bei Erhard anklingt – dies ist ein Wert an sich und gehört für uns an die erste Stelle.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit, die Hochgeschwindigkeitsglobalisierung, der Klimawandel und die Zukunftsfestigkeit der sozialen Sicherung nur mit einer **liberalen Politik** zu bewältigen sind:

- Indem wir der Freiheit den Vorrang einräumen,
- indem wir auf Fairness setzen und nicht auf Gleichmacherei,
- indem wir nicht auf die Vergangenheit sondern auf Fortschritt und starke Innovation bauen.

1. Liberale Sozialpolitik heißt zu allererst: Den Einzelnen stark machen.

Das Wichtigste ist: Kinder stark machen. Das ist die entscheidende Voraussetzung, um im Zeitalter der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung bestehen zu können. Jedes Kind hat das Recht auf faire Chancen am Start.

Und das verlangt von der Politik vor allem: Beste Bildung und Ausbildung. Gute Kinderbetreuung, Bildung so früh wie möglich, exzellente Schulen und Hochschulen. Beste Bildung, meine Damen und Herren, das ist die eigentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Und gerade auf diesem Feld hat die Vorgängerregierung so nachdrücklich versagt:

- Spitzenwerte beim Unterrichtsausfall.
- Rote Laterne bei den PISA-Ergebnissen.
- In keinem anderen Bundesland hatten es Kinder aus sozial schwachen Familien so schwer im Bildungssystem, wie in Nordrhein-Westfalen.

Wir ändern das jetzt. Mit uns wird Nordrhein-Westfalen endlich ein familienfreundliches Bundesland:

- Bildung soll so früh wie möglich beginnen – also im Kindergarten (Kibiz).
- In die Sprachförderung investieren wir nächstes Jahr viermal so viel Geld wie vor dem Regierungswechsel (28 Mio. € ab 2008).

- Und natürlich bei der Kinderbetreuung, da werden jetzt die Kräfte gebündelt: Bis 2010 sollen mindestens 20 Prozent der Kinder unter 3 Jahren einen Betreuungsplatz bekommen.

NRW soll das Bundesland mit den besten Bildungschancen werden. Deshalb setzen wir neue Prioritäten: Das Land hat im letzten Jahr bereits über 250 Millionen Euro zusätzlich für die Bildung und Erziehung unserer Kinder ausgegeben.

NRW hat jetzt das **modernste Schulgesetz** in Deutschland. Wir kämpfen wirksam gegen den Unterrichtsausfall und haben bis heute schon über 3.200 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.

Jedes Kind soll individuell gefördert werden. Und das heißt an erster Stelle: Jedes Kind hat das Recht, die deutsche Sprache zu lernen. Dieses Recht setzen wir wirksam durch.

Kinder stark machen und eine liberale Bildungspolitik: **Das ist die beste Sozialpolitik, die man machen kann.**

Mehr Freiheit und Fortschritt gilt auch für die **Hochschulen**: Mit uns gibt es jetzt endlich mehr Geld - aber auch mehr Verantwortung für bessere Qualität.

Das Hochschulfreiheitsgesetz ist das modernste Hochschulgesetz in Deutschland. Studierende sollen bei uns schneller, besser und praxisnäher ausgebildet werden. Hochschulfreiheit und Studienbeiträge: das ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Staat und Hochschule aber auch zwischen der Hochschule und den Studierenden.

Mit den **Studienbeiträgen** werden wir drei konkrete Ziele erreichen:

- Wir steigern erstens die Qualität der Lehre. Denn das Gesetz verpflichtet die Hochschulen dazu, die zusätzlichen Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen einzusetzen. Studierende, die mit ihren Studienbeiträgen einen finanziellen Beitrag für ihre akademische Ausbildung leisten, werden viel stärker als bisher auch ihren Anspruch auf eine exzellente Ausbildung anmelden. Heißt: Die Studierenden werden den Wettbewerb um erstklassige Ausbildungsangebote mitgestalten.
- Die bessere Qualität der Ausbildung ist der entscheidende Hebel für kürzere Studienzeiten und weniger Studienabbrecher. Beides brauchen wir dringend. Wenn alle Studierenden in Nordrhein-Westfalen 1,3 Semester eher ihr Examen machen würden als bisher – womit sie gerade die durchschnittliche Studiendauer ihrer Kommilitonen aus Baden-Württemberg erreicht hätten, würde die Studierendenzahl direkt um fast zehn Prozent sinken. Dies wäre absolut positiv – für jeden einzelnen Absolventen wie auch für das Land NRW insgesamt.
- Wir brauchen drittens – um in der Wissensgesellschaft zu bestehen - mehr Studienanfänger, Studierende und hervorragend qualifizierte Absolventen aus allen Schichten der Gesellschaft. Frühere Untersuchungen haben gezeigt, dass sich in Deutschland in der Zeit ohne Studienbeiträge – im internationalen Vergleich betrachtet – zu wenige Menschen aus bildungsfernen, einkommensschwachen Schichten für ein Studium entschieden haben. Viele haben sich gegen ein Studium entschieden, weil sie es für unkalkulierbar halten. Genau hier setzen wir mit den Studienbeiträgen für eine bessere Qualität der Ausbildung an, übrigens insbesondere mit unserem besonders sozialverträglichen Beitragsmodell. Wir erwarten, dass das Studium künftig gerade für diejenigen jungen Leute attraktiver wird, die sich bisher aus den genannten Gründen dagegen entschieden haben.

2. Liberale Sozialpolitik heißt zweitens: Die Wirtschaft stark machen.

Freiheit und soziale Teilhabe setzen eine starke Wirtschaft und starke Innovationen voraus. Die Wirtschaft stark machen, das verlangt von uns zunächst einen radikalen **Abbau von Bürokratie**.

Wir gehen hier mit riesigen Schritten voraus. Meine Damen und Herren, das ist kein Spaziergang. Aber das wussten wir auch vorher. Wer 116 Behörden zusammenlegt, eingliedert oder abschafft, wer bis 2010 in der Landesverwaltung 12.000 Stellen reduzieren will, der kann nicht nur mit Beifall rechnen.

Wofür wir jahrelang eingetreten sind, was wir vor der Landtagswahl ins Programm und nach der Wahl in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, das setzen wir jetzt um.

Zu den wichtigsten **Stellschrauben für eine starke Wirtschaft** gehört eine umfassende Steuerreform.

Angesichts der brüchigen Sozialsysteme müssen die Menschen über höhere Nettoeinkommen verfügen, damit sie Eigenvorsorge betreiben können.

Wir erleben in diesen Tagen eine bemerkenswerte Diskussion in Deutschland. Zunächst fordert der Bundeswirtschaftsminister in der Osterpause eine Senkung der Einkommensteuer. Dann wird er höchstpersönlich durch die Bundeskanzlerin ausgebremst.

Dabei gibt es keinen volkswirtschaftlichen oder fiskalischen Grund, die Entscheidung über Steuersenkungen auf die Zeit nach 2009 zu vertagen. Im Gegenteil: Das gegenwärtige Wachstum und die Steuernehmereinnahmen sind doch auch Ergebnis aus den Entlastungswirkungen der Steuerreform des Jahres 2005. Genau daraus sollten wir lernen.

Die Entscheidung über eine Steuerreform mit Nettoentlastung für alle Bürger sollte jetzt getroffen werden. Der wirtschaftliche Aufschwung wird nur Bestand haben, wenn wir ihn für mutige Reformen nutzen.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute unterstützen uns mit ihrer Forderung nach einer grundlegenden Steuerreform. Uns geht es aber nicht nur um niedrigere Steuern, sondern eben auch um ein einfacheres Steurrecht.

Und zu dieser Reform gehört auch: **Wir wollen Familien entlasten!** Mehr Netto für die Familien, das ist unser Ziel. Jedes Kind bekommt einen steuerfreien Grundfreibetrag, von dem bislang nur die Erwachsenen profitieren. Die Aufwendungen für Tagesmütter, Haushaltshilfen oder Pflegekräfte wollen wir steuerlich abzugsfähig gestalten. So stärken wir die Privathaushalte als Arbeitgeber und bekämpfen wirksam die Schwarzarbeit.

Die drohende **Klimakatastrophe** hat in den vergangenen Monaten dazu geführt, dass sich eingefahrene Denkmuster wieder ein Stück aufgelockert haben. Ich denke etwa an den Zusammenhang zwischen CO₂-Belastung und der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Führende Mitglieder von Umweltschutzorganisationen im In- und Ausland sagen, mindestens als Übergangsenergie müssen wir die Kernenergie so lange nutzen, wie wir sie noch nicht durch erneuerbare Energien ersetzen können. Heute haben wir gerade einmal einen Anteil von zehn Prozent erneuerbare Energien, aber noch 30 Prozent Kernenergie und 60 Prozent fossile Energieträger bei der Stromerzeugung.

Die Diskussion kann ja nicht so laufen, dass wir die erneuerbaren Energien so weit steigern, um allein die Kernenergie abzulösen. Das Ziel muss doch sein, durch erneuerbare Energien

insbesondere die CO₂-intensiven Energieträger zu ersetzen - und dann auch die Kernenergie abzulösen.

Aber zunächst müssen wir die Betriebszeiten, die ursprünglich vorgesehen waren, wiederherstellen. Mehr nicht - um Zeit zu gewinnen. Dadurch entstehen auch volkswirtschaftliche Gewinne: Wir sparen Millionen Tonnen von CO₂ und wir sparen Energiekosten. Die müssen gezielt für die Energieforschung investiert und im Wettbewerb an die Verbraucher weitergegeben werden, damit die **Energiepreise noch bezahlbar bleiben**. Das ist im übrigen auch ein Stück Sozialpolitik. So bringen wir Umwelt- und Sozialpolitik in Einklang, damit sich jeder auch in Zukunft noch einen angemessenen Lebensstandard leisten kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir eines für unsere Wirtschaft nicht gebrauchen können, dann sind das neue gesetzliche Regelungen und neue Bürokratie.

Die Große Koalition treibt mit der Debatte über die **Mindestlöhne** aber einen weiteren Keil ins Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Ich meine, wir tun den Menschen mit dieser Diskussion keinen Gefallen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, und das sage ich insbesondere den Vertretern der Union, über die Löhne in der Wirtschaft zu entscheiden. Soziale Marktwirtschaft heißt: Löhne und Gehälter werden von den Tarifparteien ausgehandelt.

Was würde denn passieren, wenn jetzt der Staat einen gesetzlichen Mindestlohn festschreibt?

- Entweder der Mindestlohn ist so niedrig, dass er keine Wirkung hat.
- Oder der Mindestlohn wird oberhalb bestehender Stundenlöhne festgelegt.

Das klingt sozial. Ist es aber nicht. Zukünftig fallen nämlich genau diejenigen Arbeitsplätze weg, deren Produktivität nicht dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen.

- So bekommen wir noch mehr Bürokratie.
- So erhalten wir noch mehr Schattenwirtschaft.
- Und so erhalten mehr Arbeitslosigkeit, nicht weniger.

Genau das ist unsozial!

Ich appelliere an dieser Stelle auch an die **Union**: Die Bundeskanzlerin hat wohl offensichtlich erkannt, dass sie der SPD in dieser Frage nicht erneut auf den Leim gehen darf. Soziale Marktwirtschaft braucht Rückgrat – und keine ständige Wackelei.

3. Liberale Sozialpolitik bedeutet drittens: Nachhaltigkeit.

Liberale Sozialpolitik setzt auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit: Sowohl bei den Staatsfinanzen wie auch bei den sozialen Sicherungssystemen.

Sozial ist nicht, wenn der Staat langfristig auf Pump lebt. Es ist nicht fair, der künftigen Generationen einen riesigen Berg mit Schulden aufzubürden.

Wer Schulden macht, lebt auf Kosten der Kinder. Deshalb stehen die Liberalen auch in Regierungsverantwortung für konsequente Konsolidierung. Rot-Grün hat den Menschen im Land einen gigantischen Schuldenberg (2005: 110 Mrd. Euro) hinterlassen. Allein in den 10 Jahren ihrer Regierungszeit hat Rot-Grün die Neuverschuldung verdoppelt.

Wir haben die Neuverschuldung innerhalb von zwei Jahren wieder halbiert. Mit uns gibt es wieder einen **verfassungsgemäßen Haushalt**. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen.

Ein wichtiges Etappenziel dabei haben wir schon erreicht: Die **Ergebnisse des Kohlegipfels** sind eine historische Entscheidung für Nordrhein-Westfalen.

Die FDP war die erste Partei in Nordrhein-Westfalen, die sich für den Subventions-Ausstieg ausgesprochen hat. Selbst nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages waren die Skeptiker noch in der Mehrheit, die es uns nicht zugetraut haben, der Subventionierung ein Ende zu setzen.

Jetzt ist aber klar: Das Ende des subventionierten Steinkohleabbaus kommt. NRW wird, wie wir es in unzähligen Wahlkämpfen gefordert haben, nicht mehr in tiefe Schächte, sondern nur noch in kluge Köpfe investieren. Kinder fördern statt Steinkohle.

Und, meine Damen und Herren, ich glaube sagen zu dürfen: Der Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohleabbau – **das ist eines der größten Erfolge** für unsere Partei in Nordrhein-Westfalen.

Soziale Sicherung

Zu Beginn diesen Monats ist eine bemerkenswerte **Gesundheitsreform** in Kraft getreten. Bemerkenswert nicht etwa deswegen, weil sie die Probleme des bestehenden Systems lösen wird. Im Gegenteil: Kein einziges der zuvor angedachten Ziele wird erreicht.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Prof. Rürup, hat das so ausgedrückt: Bei der Kompromissfindung zur Gesundheitsreform ist es der großen Koalition in einzigartiger Weise gelungen, zwei völlig unterschiedliche Konzepte kunstvoll so miteinander zu verknüpfen, dass am Ende nur die Nachteile dabei herausgekommen sind.

- Das Gesundheitssystem bleibt eine Zeitbombe: Die Finanzbasis bleibt vollkommen unsolide. Es bleibt bei der Umlagefinanzierung und zwar **zu Lasten der jungen Generation**.
- Das Grundübel des Arbeitsmarktes wird nicht angegangen: Die Sozialbeiträge sind weiter an Löhne und Gehälter gebunden.
- Es gibt keine Entlastung für den Arbeitsmarkt: Die Beiträge werden nicht sinken, sondern schon sehr bald wieder ansteigen.
- Die Versicherten erhalten nicht mehr, sondern **weniger Freiheit**, nicht mehr, sondern **weniger Transparenz**. Das System gewinnt nicht an Effizienz, es gewinnt eine **neue bürokratische Instanz – den Gesundheitsfonds**. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sollen zwei Bürokratien besser und billiger arbeiten als eine.

Selten war eine Koalition aus Bürgern, Sachverständigen und den beruflich betroffenen Menschen geschlossener. Leider hat die Bundesregierung es vorgezogen, die zahlreichen berechtigten Einwände zu ignorieren und dieses Gesetzesmonster auf Biegen und Brechen zu Lasten der Patienten und der in den Heilberufen tätigen Menschen durchzudrücken.

Mit **Freiheit, Fairness und Fortschritt** hat diese Reform nichts zu tun: Nichts wird besser, alles teurer.

Mehr Freiheit, Fairness und Fortschritt, meine Damen und Herren, könnte auch das **Rentensystem** in Deutschland gut gebrauchen. Auch hier bleibt es bei der unsoliden Finanzierungsbasis. Da hilft langfristig auch die Rente ab 67 nicht weiter.

Vollkommen unnötig hat die Bundesregierung das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht. Dabei sind aktuell überhaupt nur 45 Prozent der über 55-jährigen und 28 Prozent der über 60-jährigen erwerbstätig.

Damit wird doch klar: Die Menschen wünschen sich ein flexibles System. Warum lassen wir sie nicht selbst entscheiden, ob sie so lange arbeiten wollen oder nicht? Warum geben wir älteren Menschen nicht die Gelegenheit, neben ihrer Rente weiter einer Beschäftigung nachzugehen um ihr Einkommen zu erhöhen? Warum lassen wir es zu, dass bei Fachkräftemangel in vielen Bereichen, jedes Jahr erfahrene und hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt in die Rente abgedrängt werden?

Fair finde ich, wenn die Menschen die Rente und ihren Lebensabend nach eigenen Bedürfnissen und Anforderungen gestalten können.

Freiheit wagen gilt eben auch in der Sozialpolitik: Wir wollen einen **flexiblen Renteneintritt** ab dem 60. Lebensjahr. Wer zu seiner Rente hinzuverdienen will, soll dabei nicht bestraft werden – das ist fair.

Wie bei der Rente und der Krankenversicherung ist auch für die **Pflegeversicherung** von Schwarz-Rot keine grundlegende Reform zu erwarten.

Das Motto der großen Koalition scheint klar: "Wir können uns - wie so oft - auf nichts einigen – außer auf **Steuer- und Abgabenerhöhungen**." Für eine Koalition, die die Lohnnebenkosten senken wollte, ist das ein Armutszeugnis!

Gerade in der Pflegeversicherung brauchen wir keine Demontage, sondern einen möglichst schnellen Übergang auf ein kapitalgedecktes System mit mehr Wahlfreiheit und weniger Bürokratie.

4. Liberale Sozialpolitik heißt viertens: Faire Spielregeln für alle.

Fair ist es nicht, das Steuer- und Sozialsystem so unübersichtlich zu machen, dass es keiner mehr versteht. Fair ist es nicht, die Leistungsträger durch Steuern und Abgaben zu erdrücken.

Wir wollen einen starken Sozialstaat, der in Fällen der Bedürftigkeit wirksam helfen kann. Deshalb heißt es für uns nach wie vor: Leistung muss sich lohnen!

Fairness und Leistungsgerechtigkeit hängen untrennbar mit Chancengerechtigkeit zusammen: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Und im Leben sind sie alle unterschiedlich.

Wir wollen Chancengerechtigkeit – soviel wie möglich. Jeder Mensch soll aber auch das Recht haben, meine Damen und Herren, durch eigene Leistung, durch eigenes Engagement und eigene Kraftanstrengung seinen individuellen Platz in der Gesellschaft zu verbessern.

Und ich füge hinzu: Es ist nicht unsozial, jene, die arbeitsfähig sind, daran zu erinnern, dass es sich für sie dabei nicht nur um ihr Recht, sondern auch um ihre Pflicht handelt. Solidarität ist für uns keine Einbahnstraße.

Bürgergeld

Wir wollen runter von der hohen Sockelarbeitslosigkeit. Das schaffen wir nur, wenn neue Jobs entstehen und wenn es Anreize gibt, auch im einfachen Lohnniveau Arbeit anzunehmen.

Ich freue mich, dass beim Thema Bürgergeld jetzt ein wenig Bewegung in die Debatte gekommen ist. Es ist dringend an der Zeit, die unendliche Liste der Sozialleistungen des Staates in einem System zusammen zu führen. Seit Jahren treten wir dafür ein, das Sozialsystem transparenter und fairer zu gestalten.

Es ist nicht fair, wenn der Sozialstaat unübersichtlich ist und nur die Findigen zu ihrem Recht kommen. Bisher werden 155 Sozialleistungen von 37 Stellen verteilt. Das ist Sozialbürokratie pur. Das ist ineffizient, zu teuer, zu wenig treffsicher und viel zu bürokratisch.

Das liberale Bürgergeld ist ein Steuertransfer aus einem Guss: Mit weniger Bürokratie und mehr Effizienz können die Steuergelder zielgerichtet eingesetzt werden. So schaffen wir einen Sozialstaat, der denjenigen besser hilft, die auch wirklich einen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

Klar ist aber auch: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Das ist eine faire und soziale Politik. Fair ist, wenn Arbeitnehmer, die arbeiten, auch immer ein höheres Nettoeinkommen haben als diejenigen, die nicht arbeiten. Leistung lohnt sich in diesem Modell. Das ist eine faire und soziale Politik.

5. Freiheit ist nicht Teilbar: Freiheitlichen Rechtsstaat verteidigen

Freiheit ist für Liberale nicht teilbar. Man kann nicht für mehr Freiheit in der Wirtschaft eintreten und gleichzeitig bei der Sozialpolitik oder in anderen Lebensbereichen nach immer mehr staatlichen Eingriffen und Bevormundungen des Bürgers rufen. Dies gilt ganz besonders für die innere Liberalität einer Gesellschaft.

Damit beziehe ich mich auch auf die neusten Forderungen des Bundesinnenministers.

Er will die Unschuldsvermutung umdrehen. Damit stellt er letztlich die Bürger unter Generalverdacht. Er will den direkten Online-Zugang zu Daten der Meldeämter. Damit werden die Einwohnermeldeämter zu Strafregistern. Es kann nicht sein, dass auf sämtliche Daten, die dort zu ganz anderen Zwecken gespeichert werden, zentral zugegriffen werden kann.

Das ist dann kein Rechtsstaat mehr. Das ist ein Misstrauens- und Überwachungsstaat. Und genau den wollen wir nicht.

Ich erwarte von der Bundeskanzlerin, dass sie ihrem Innenminister hier ganz klare Grenzen setzt. Sie hat in ihrer Regierungserklärung für die Große Koalition gesagt: „Mehr Freiheit wagen.“ Ihr Innenminister schränkt die Freiheit aber Tag für Tag neu ein. So handelt er klar gegen die Regierungserklärung.

Das neue NRW

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland braucht einen Politikwechsel. Möglichst schnell. So wie hier in Nordrhein-Westfalen.

Wir bauen das Land jetzt um. Mit einer riesigen Kraftanstrengung haben wir die Aufholjagd begonnen. Und genau dabei setzen wir auf mehr Freiheit, mehr Fairness und mehr Fortschritt.

Wir wollen das neue Nordrhein-Westfalen. Wir wollen endlich ein soziales Nordrhein-Westfalen. Das ist unser Ziel.

Und unsere **erste Zwischenbilanz** stimmt uns optimistisch:

NRW zieht wieder an.

- Wir haben das höchste Wirtschafts-Wachstum seit sieben Jahren.
- Die Konjunktur hat den Arbeitsmarkt erreicht. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück.
- Wir sind das Aufstiegsland Nr. 1. Der Mittelstand ist optimistisch: Jedes dritte Unternehmen will in NRW zusätzliche Mitarbeiter einstellen.

Unser Koalitionsvertrag spricht hier eine klare Sprache: Für uns gilt Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat und Erwirtschaften vor Verteilen. Das ist das Fundament für den Neubau unseres Landes.

Beste Bildung, starke Innovationen, solide Finanzen und weniger Bürokratie. Genau das ist unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft.

- Nur die FDP steht für eine konsequente **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft**.
- **Das neue NRW** ist das Erfolgsmodell für eine soziale Politik in Deutschland.
- Wir wollen weiter wachsen, um diese **Politik bald auch in Berlin möglich zu machen**.